

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anzerate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Beitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeiterzeitschriften (Anzerate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 12.

Sonntag den 23. März.

1902.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Gerichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Minister sind nicht ewig.

Als der Antrag auf Erhöhung des Tabakzollens in der Zollkommission verhandelt wurde, sagte unter anderem der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski, Minister seien nicht ewig und darum könne er nicht dafür bürgen, ob nicht in Zukunft Leute Minister würden, die eine höhere Besteuerung des Tabaks erstreben.

Graf Posadowski ist nicht mehr Schatzsekretär des Reichs, wie in den Jahren 1894/95, als er die Tabakfabriksteuer dem Reichstag unterbreitete; er ist auch nur Stellvertreter des Reichskanzlers, hat also in der Tabaksteuerfrage nicht das letzte Wort zu sprechen, nennigleich wir seinen Einfluß in der Regierung nicht niedrig einschätzen. Zudem erfuhr seine oben angeordnete Neuerung durch seinen Kollegen, den jetzigen Schatzsekretär v. Thielmann, der für den Notfall eine höhere Besteuerung des Bieres und des Tabaks im Reichstage in Aussicht stellte, eine Illustration, die uns auf gegenwärtige, nicht zukünftige Minister hinweist. Wenn z. B. Graf Posadowski mit seinem eigenen Werke, dem Zolltarif, aus Regierung und Gesetzgebung ausgediente, könnte uns immer noch der tabaksteuerlustige Herr v. Thielmann als Minister bleiben, der für seine Person keine Erklärung gegen eine höhere Besteuerung des Tabaks abgegeben hat, obschon er durch seine statistischen Nachweise über den Tabakbau und dessen Rentabilität die agrarischen Anträge auf Zollserhöhung abschlagen half. Das geschah aber unserer Ansicht nach hauptsächlich aus dem Grunde, durch eine jetzt noch jenen Anträgen vorzunehmende Erhöhung des Tabakzollens eine nach seiner Meinung etwa nötig werdende allgemeine höhere Besteuerung des Tabaks nicht unmöglich zu machen. Käme jetzt eine Milderung der Tabakbesteuerung, könnte man in ein oder zwei Jahren nicht schon wieder mit einer solchen hervortreten.

Doch sei dem, wie ihm wolle, wir halten trotzdem die nachstehende, wörtlich aus dem Protokoll der Zollkommission abgedruckte Erklärung des Grafen Posadowski für wichtig, weil sie uns bei eventueller Gelegenheit gute Dienste leisten soll, denn sie stammt von demselben Minister, der nach dem Falle des Fabriksteuerprojektes 1895 erklärte, er halte trotz der Ablehnung durch den Reichstag an diesem Projekt fest. Man sieht aus der Erklärung, nicht nur Minister, sondern auch ihre Anschauungen sind nicht ewig.

Der Wortlaut der Erklärung ist folgender:

Der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski, vertahrt sich entschieden gegen die Annahme des Vordredners (des Abg. Geher. D. N.), daß aus den regierungsseitig abgegebenen Erklärungen auf die Absicht einer höheren Besteuerung der Tabakindustrie geschlossen werden kann. Er habe im Gegenteil vor jeder Beunruhigung der Tabakindustrie auf das dringendste gewarnt und es habe ihm völlig ferngelegen, die Aussicht auf eine Milderung des gegenwärtigen Zustandes zu eröffnen.

## Die Frauen und das Vereinsgesetz in Preußen.

Zur Auslegung und Anwendung des preussischen Vereinsgesetzes in Bezug auf die Anteilnahme der Frauen an politischen Versammlungen schreibt die Soziale Praxis:

Der Minister des Innern, der anlässlich eines Specialfalles (Generalversammlung des Bundes der Landwirte) die Anwesenheit von Frauen in den von politischen Vereinen einberufenen Versammlungen unter gewissen Bedingungen für erlaubt erklärte, hat sich wenige Tage darauf selbst berichtigt, aber in einer Weise, die die Sache schlimmer als zuvor gemacht hat. Am 4. März erklärte er, ebenfalls im Abgeordnetenhaus, „daß, was bisher schon in einzelnen Fällen der Fall gewesen ist, auch in Zukunft der Fall sein wird, und daß ich sogar gern dazu die Hand bieten würde, in dazu geeigneten Fällen in Versammlungen, einerlei, von welcher Partei diese Versammlungen nun ins Leben gerufen sind,

dahin zu wirken, daß von einer polizeilichen Aufsicht entweder abgesehen oder diese polizeiliche Aufsicht auf die Formalien des Gesetzes, über welche sich die Gerichte noch nicht endgültig ausgesprochen haben — das ist aber die Art der Zulassung der Frauen —, beschränkt wird, daß darin also in einzelnen Fällen den Antragstellern so weit wie möglich entgegengekommen wird.“

Das praktische Ergebnis dieser Ausführungen ist erstens, daß an Stelle des vereinsgesetzlichen Verbots der Teilnahme von Frauen das diskretionäre Ermessen der Verwaltungsbehörden gesetzt werden soll und daß zweitens dies Ermessen wahrscheinlich in der Weise gehandhabt wird, daß man den der Regierung genehmen Vereinen die Beteiligung von Frauen gestattet und den anderen sie verbietet. Somit wird also nicht nur eine gesetzliche Bestimmung von Fall zu Fall weginterpretiert, sondern es wird sogar öffentlich zweierlei Recht proklamiert — die beste Propaganda, die man für die Sozialdemokratie machen kann. In der Praxis ist damit jetzt schon eine bodenlose Verwirrung angerichtet worden. In Kiel und Magdeburg sind sozialdemokratische Vereinsversammlungen wegen der Anwesenheit von Frauen aufgelöst worden. In Breslau ist sogar in einer öffentlichen sozialdemokratischen Wählerversammlung die Anwesenheit von Frauen beanstandet worden; auf Beschwerde rektifizierte dann der Polizeipräsident das Einschreiten des Beamten. Aus einer anarchistischen Versammlung in Berlin, worin ein literarisches Thema erörtert wurde, mußten auf Verlangen der Polizei Frauen sich entfernen. In Dortmund durften Frauen einer Versammlung des Handelsvereins unbehelligt anwohnen, ebenso wie der Generalversammlung des Bundes der Landwirte. Und zu gleicher Zeit hat das Obergericht entschieden, daß Frauen auch aus einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung zu Recht ausgewiesen sind, da die einberufende Stelle (die Zahlstelle Gommern des Maurerverbandes) ein politischer Verein sei. Dies alles innerhalb ein paar Wochen! Die Unhaltbarkeit und Ungerechtigkeit solcher Zustände schreit förmlich nach einer Revision des Vereinsgesetzes in Preußen.

## Wem der Staat hilft!

Die grauenhafte Arbeitslosigkeit, unter der das Proletariat gegenwärtig schwer leidet, hat den preussischen Staat bisher nicht veranlaßt, auch nur einen Pfennig auszugeben, um durch direkte Hilfeleistung den Notstand zu lindern. Bisher hat keine Arbeiterorganisation für ihre Unterstützungskosten irgend eine staatliche (auch keine kommunale) Beihilfe erhalten.

Andererseits verfährt der preussische Staat, wenn es gilt, den ostelbischen Agrariern zu helfen. Es ist jetzt die Denkschrift über die aus Anlaß des landwirtschaftlichen Notstandes in den östlichen Landesteilen ausgeführte Hilfsaktion veröffentlicht worden. Im Vorjahr war ein Teil der Winterjaht im Osten mißraten. Darauf hat der Staat bis jetzt 8,9 Mill. Mark für diese Zwecke verausgabt, und zwar 4,5 Millionen für die Provinz Posen, 4 Millionen für Westpreußen, den Rest für Schlesien und die Kreise Johannesburg und Neidenburg.

Unterstützt wurden 69 101 Landwirte unter 100 Hektar mit einem Gesamtbetrag von 5 754 600 Mk. und 992 Landwirte über 100 Hektar mit 852 150 Mk.

Wir sind die letzten, die es nicht für die Pflicht des Staates halten, unverschuldet in Not Geratene zu unterstützen. Empörend aber und im höchsten Grade aufreizend muß es wirken, wenn derselbe Staat, der nichts übrig hat für arbeitslose Proletarier, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, es über sich gewinnt, wohlhabende Leute — und zu denen gehören Besitzer von 100 Hektar Landes und mehr — sofort aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen, wenn ihnen durch Ungunst die Ernte ein bißchen vermindert wird.

Wie weit von den Landwirten unter 100 Hektar Landes auch die größeren Besitzer subventioniert wurden, davon läßt sich aus der Denkschrift kein genaues Bild geben, weil die Berechnung zwar nach den Größenklassen (unter fünf Hektar, 5—20 Hektar, 20—100 Hektar) spezialisiert ist, nicht aber angegeben wird, wieviel Besitzer in den einzelnen Klassen Beihilfen empfangen; so läßt sich die Unterstützungsquote pro Kopf nach den verschiedenen Größenklassen nicht berechnen.

Wie sich in den Gesamtzahlen die Subventionen auf Klein-, Mittel- und Großbetriebe verteilten, das möge als Stichprobe die Provinz Posen zeigen.

Es erhielten an:

	unter 5 ha Mk.	5—20 ha Mk.	20—100 ha Mk.	über 100 ha Mk.
Saatgut . . .	245 547	877 675	879 436	219 086
Futtermittel . .	76 680	251 276	258 401	143 056
Streumittel . . .	13 529	88 027	23 719	8 880
Düngemittel . .	32 540	174 989	189 390	161 945

Es ergibt sich daraus, daß nur ein kleiner Bruchteil der Summen auf die Landproletarier, die unter fünf Hektar besitzen, entfallen ist, während der Löwenanteil den mittleren und großen Besitzern zu gute gekommen ist. Und doch werden naturgemäß die Zwergbauern am schwersten von Mißernten betroffen; sie sind auch am wehrlosesten. Wie wenig die einzelnen Kleinbauern erhalten haben müssen, erkennt man, wenn man berücksichtigt, daß auch in der Provinz Posen die Parzellenbesitzer die große Mehrheit ausmachen. Es giebt in der Provinz Posen 125 963 Besitzer unter 2 Hektar, 64 803 Besitzer von 2—20 Hektar, 12 638 von 20—100 Hektar, 2605 über 100 Hektar.

Also auch bei dieser agrarischen Notstandsaktion sind die Bedürftigsten am schlechtesten behandelt worden. Die arbeitslosen Industriearbeiter aber wissen nun, was sie zu thun haben, um Staatshilfe zu erlangen. Sie brauchen nur Rittergüter von 100 Hektar und mehr zu erheben: Dann erhalten sie nicht nur Zölle und Liebesgaben aller Art; sondern der Staat springt auch sofort hilfreich ein, wenn das Wetter ihnen einmal Schaden zufügt.

(Vorwärts.)

## Rundschau.

Die Entrechtung der proletarischen Frauen in Preußen. Während die Regierung den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung einiges Entgegenkommen zeigt, während der preussische Minister des Innern die Anwesenheit von Frauen in politischen Versammlungen reaktionärer Parteien dem polizeilichen Wohlgefallen empfiehlt, wird die Unterstellung der proletarischen Frauen unter einen Ausnahmezustand schmachlichster Entrechtung mit allen Mitteln der Verwaltungspraxis fortgeführt und vermehrt. Aus dem preussischen Obergericht wird dem Vorwärts berichtet:

Um die Ausweisung von Frauen aus einer Gewerkschaftsversammlung handelte es sich in einem Prozeß des Genossen Voigt aus Gommern wider den Regierungspräsidenten in Magdeburg. Voigt, der Vorsitzende der Zahlstelle Gommern des Maurerverbandes ist, hatte zum 27. April 1901 eine öffentliche Steinarbeiterversammlung einberufen, zu der auch Frauen erschienen waren. Der überwachende Polizeikommissar veranlaßte ihre Entfernung, worauf sich Voigt vergeblich beim Landrat und Regierungspräsidenten beschwerte. Die Klage Voigts ist jetzt vom Obergericht zurückgewiesen worden. Das Gericht schloß aus einer Reihe von Umständen, daß die öffentliche Steinarbeiterversammlung vom 27. April 1901 eine Veranstaltung der Zahlstelle Gommern des Verbandes der Maurer sei, welcher neben 300 Maurern etwa 600 andere Arbeiter, meist solche aus den Steinbrüchen, angehören. Weiter führte das Gericht aus: Die Zahlstelle selber sei zweifellos ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes, denn in verschiedenen Versammlungen, die als Zahlstellenversammlungen angemeldet worden seien, habe man erörtert: das Lobtauer Urteil, die Justizverhältnisse im allgemeinen, Vorschläge zur Wahl von Richtern durch das Volk, die Maifeier als Kampfmittel der sozialdemokratischen Partei und die Stadtverordnetenwahlen. Sei aber die Zahlstelle ein politischer Verein gemäß § 8 und sei ihr die öffentliche Steinarbeiterversammlung vom 27. April 1901 zuzurechnen, dann hätten aus der letzteren auch die Frauen auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes, der „nun einmal nach dem Rechte bestände“, entfernt werden können. — Auf zweifach kunstvoll verwickeltem Wege gelangt die Obergerichtsjustiz zu dem Ziele, das das höchste Entzücken aller Feinde der Arbeiterbewegung und der Beteiligung der Frauen an dieser Bewegung erregt. Zunächst wird die öffentliche Gewerkschaftsversammlung zu einer Vereinsversammlung gestempelt, sodann wird die gewerkschaftliche Vereinsversammlung, die soeben erst ihren Anfang nehmen sollte, als eine politische Versammlung erklärt, weil in früheren Vereinsversammlungen politische Thematika behandelt worden seien. Weil aber nach dem Gesetz Frauen an politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen — welches Gesetz für Versammlungen des Bundes der Landwirte und andere reaktionäre Parteien durch polizeiliche Nachsicht aufgehoben werden darf — also war die Polizei in Gommern bei Magdeburg befugt, die Entfernung der Frauen aus der angeblich politischen Vereinsversammlung anzuordnen! So ergibt sich in dem Staate, als dessen



**Grundlage das gleiche Recht für alle Staatsangehörige** angepriesen wird, der reizvolle Rechtszustand: 1. Frauen als solche sind minderen Rechts und dürfen nur an unpolitischen Veranstaltungen teilnehmen; 2. Frauen konservativer und bürgerlicher Parteigänger dürfen vermöge der seitens der Polizei geschuldeten Achtung ihrer staatsbehaltenden Gesinnung auch an politischen Veranstaltungen teilnehmen; 3. Frauen proletarischer Herkunft dürfen nicht nur nicht an politischen, sondern in praxi auch nicht an gewerkschaftlichen, der Hebung ihrer Lebenslage gewidmeten Versammlungen teilnehmen! Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates!

**Weibliche Fabrikinspektion.** Ueber die Erfahrungen, die mit dem weiblichen Mitgliede der Fabrikinspektion Fräulein Dr. von Nichtshofen gemacht wurden, äußert sich die Großh. badische Fabrikinspektion u. a. folgendermaßen: Es kann ausgesprochen werden, daß die Genannte die Erwartungen, die man auf Grund ihres glänzenden bestandenen Doktorexamens von ihr hegte, auch in der Praxis vollkommen gerechtfertigt hat. Außer den Betrieben mit ausschließlicher Verwendung von Arbeiterinnen ist ihr noch die Ueberwachung der Cigarrenfabriken und die Besorgung der zahlreichen schriftlichen Arbeiten, insbesondere die auf die Prüfung der Arbeitsordnungen bezüglichen Korrespondenzen und die sich auf die Neugenehmigung von Cigarrenfabriken beziehenden Arbeiten übertragen worden. Die Gesamtzahl der von Fräulein Dr. von Nichtshofen vorgenommenen Revisionen betrug 557. Bei all diesen Arbeiten bewies sie ebenso viel Verständnis wie Bestimmtheit und Takt. Die Vorträge waren kurz und der Gegenstand erschöpfend. In der letzten Zeit hat sie auch die männlichen Beamten durch ihr verständiges Eingreifen wesentlich unterstützt. Ihre Art, zu reden, habe, nach Mitteilung der Arbeiterpresse, fogleich die Arbeiterinnen gewonnen. Die großherzogliche Fabrikinspektion schließt sich diesem Urteil der genannten Presse vollkommen an.

**Die Braunschweiger Polizei** hat unter den dortigen Gewerkschaften, von denen sie übrigens keine vernachlässigt, ganz besonders den Tabakarbeiterverband an ihr Herz geschlossen. Nachdem derselbe als „Versicherungsgesellschaft“ nach dem neuen Gesetz betreffend die Privatversicherungen ihrer Fürsorge entzogen ist, befand die Behörde auf andere Weise ihr Interesse für den Verband. Wie dem Volksfreund berichtet wird, läßt neuerdings die Polizei Vorladungen an nichtorganisierte Tabakarbeiter oder Arbeiterinnen ergehen, und zwar in einer „polizeilichen“ Angelegenheit. Vom Polizeikommissar Bussenius werden die Vorgeladenen darüber befragt, ob sie im Verbands wären, ob ihnen von seiten der organisierten Arbeiter Unannehmlichkeiten deswegen auf der Fabrik bereitet würden, wer denn eigentlich der Vorstand sei u. a. m. Es ist bis jetzt noch dunkel, was die Polizei mit all diesem bezweckt; einer Agitation für den Verband soll aber anscheinend das polizeiliche Vorgehen nicht dienen.

**Die Rechtslosigkeit der Gewerkschaften in Deutschland.** Reichstagsabgeordneter Heine hielt in Nürnberg einen sehr interessanten Vortrag über das zeitgemäße Thema: „Die Gefährdung der Gewerkschaften durch die neue Gesetzgebung und Rechtsprechung“. An der Hand seiner eingehenden Erfahrungen als Rechtsanwalt beleuchtete er alle Vorgänge, die in letzter Zeit so unliebsames Aufsehen erregt haben: die Expansions-erzählung von Gewerkschaftsartikeln zc. zc. und kam dabei auch auf die Rechtsstellung der Gewerkschaften zu sprechen. Er führte aus, daß durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches der Rechtsstand der gewerblichen Vereine verschlechtert worden sei. Die Vereine, die nicht eingetragen sind, werden als Gesellschaften behandelt, bei denen im Falle eines Prozesses sämtliche Mitglieder klagen müssen und solidarisch mit ihrem Gesamtvermögen haftbar sind, während beim Tode eines Mitgliedes die Gewerkschaft als aufgelöst gelte. Da nun den Gewerkschaften die Eintragung ins Vereinsregister verweigert würde, seien sie den größten Gefahren ausgesetzt, die aber wenigstens einigermaßen durch Privatvertrag beseitigt werden könnten. Genosse Heine rief den Gewerkschaften mit Rücksicht darauf, daß jeder Tag unliebsame Ueberraschungen bringen kann, folgende Bestimmungen festzusetzen: „Die Führung der Geschäfte ist dem Vorstand zu übertragen; für Verbindlichkeiten haften die Mitglieder nur mit ihrem Anteil an dem Gesellschaftsvermögen, die Vorstandschafft ist nicht berechtigt, über diese Grenze hinaus Verbindlichkeiten einzugehen; wenn ein Mitglied durch Tod oder Austritt ausscheidet, wird der Verein nicht aufgelöst; die Vorstandschafft ist nicht berechtigt, für die Gesamtheit der jeweiligen Mitglieder Prozesse zu führen zc.“ Auf solche Art, meint Heine, könnten wenigstens einige schlimme Seiten beseitigt werden.

**Abermals der Expansionsparagraf gegen Gewerkschaften.** Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin erschienen am 6. März vier dem Centralverband der Maurer angehörige Arbeiter. Die Vorgeschichte des Falles, die in die Gewerkschaftsbewegung hineinzieht, ist folgende: Der Maurerpolier Schüler, der dem Verbands angehörte, hatte neun Wochen hindurch seine Beiträge nicht bezahlt und wurde deshalb ausgeschlossen. Als nun Schüler im Sommer des vorigen Jahres auf einem Bau eingestellt werden sollte, auf dem auch die Angelegten arbeiteten, wollten die auf dem Bau tätigen organisierten Arbeiter die Arbeit einstellen. Dies geschah, um Schüler zu veranlassen, seine Beiträge zu bezahlen und eventuell dem Verbands wieder beizutreten. Obgleich der Staatsanwalt dem Plaidoyer der Verteidiger Justizrat Kranz und Rechtsanwält Siebnecht entsprechend selbst die Freisprechung beantragte, erkannte der Gerichtshof nach fast einstündiger Beratung den Hauptangeklagten der versuchten Expansions schuldig und verurteilte ihn zu zwei Wochen Gefängnis. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

**Früherkeit im 20. Jahrhundert.** Der Magdeburger Volksstimme wird ein Fall berichtet, der so recht zeigt, daß Freizügigkeit und freier Arbeitsvertrag für viele nur auf dem Papier steht. In der Praxis wird durch die Annahme und Herrschaft industrieller und ganz besonders landwirtschaftlicher Proben eine Art modernes Sklavensystem aufrecht erhalten: Bei einem Gutsbesitzer in Sülldorf befindet sich seit langen Jahren ein mit Kindern gesegnetes Arbeiter in Dienst. Von den drei erwachsenen Mädchen desselben waren die beiden ältesten bei einer Herrschaft in Magdeburg in Stellung gewesen, ohne daß hiergegen seitens des Gutsbesitzers R. Einspruch erhoben worden war. Nachdem auch das dritte Mädchen herangewachsen war, erklärte sich die Herrschaft bereit, da die beiden ersten sich anderen Berufszweigen zugewandt hatten, auch das dritte Mädchen in Dienst zu nehmen. Die Eltern hatten nichts dagegen, jedoch erklärte die Mutter, auf ein dauerndes Dienstverhältnis nicht eingehen zu können, denn hierzu sei die Genehmigung des Gutsbesitzers, bei dem ihr Mann in Stellung wäre, notwendig. (!) Nichtsdestoweniger nahm das Mädchen den Dienst an und

arbeitete zur Zufriedenheit der Herrschaft ebenso wie ihre Schwestern. Als sich das Mädchen kaum 14 Tage lang im Dienste befand, erkrankte vor einigen Tagen die Mutter desselben und forderte das Mädchen zurück, weil — der Herr die Beschäftigung nicht erlaubt hätte. Weinend verließ das Mädchen die liebgewonnene Herrschaft und begab sich in ihr Heimatdorf zurück, um gehorsamt des Augenblicks zu harren, wo „der Herr“ wieder eine billige Arbeitskraft mehr gebraucht. — Sollte man solche Fröigkeit am Anfange des 20. Jahrhunderts noch für möglich halten?

**Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung in der Schweiz.** Das eidgenössische Industrie-Departement in Bern wird, wie es in seinem Geschäftsberichte für 1901 mitteilt, demnächst an die gesetzgeberische Prüfung der Frage herantreten — nachdem nun die Gutachten des schweizerischen Arbeiterssekretariats und der Züricher Kantonsregierung eingelaufen —, ob und eventuell wie die Organisation des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosen-Unterstützung durch Bundesgesetz zu regeln sei.

**Den Achtstundentag für die englischen Vergleute,** wenn nicht direkt, so auf Umwegen zu erreichen, ist am Mittwoch im englischen Unterhause ein neuer Versuch gemacht worden. Leider wieder vergeblich. Nachdem in der vorigen Woche der Antrag auf die gesetzliche Einführung des Achtstundentages für Vergleute mit nur einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden war, wurde am Mittwoch von Picard der Antrag gestellt, für Leute unter 21 Jahren die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden zu verfügen. Wie gegen den ersten Antrag, so waren auch gegen diesen Vorschlag hauptsächlich die Vergleute von Northumberland und Durham und deren Vertreter Fenwick und Wilson. Der Antragsteller hatte, um die Stimmen der Vertreter der Vergleute von Northumberland und Durham zu gewinnen, seine Forderungen wesentlich eingeschränkt, immerhin wäre die Reform noch Tausenden von jungen Leuten zu gute gekommen. Der Antrag wurde mit 224 gegen 158 Stimmen abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit sei angeführt, daß seit dem Jahre 1800 die Kinderarbeit in den Bergwerken nicht weniger denn 53mal das Parlament direkt oder indirekt beschäftigt hat. Aber auch heute besteht der schmachvolle Zustand weiter, daß, während ein großer Teil der Erwachsenen in den Bergwerken nicht länger als 7 Stunden arbeitet, Knaben im Alter von 13—16 Jahren 9, 10 und noch mehr Stunden beschäftigt werden. — Auch eine Folge des engherzigen Berufsgewissens englischer Gewerkschaftspolitik.

**Ein Bund der Gewerkschaften aller in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter Frankreichs** ist jetzt gebildet worden. Diesem Gewerkschaftsbund gehören an: die Nationalvereinigung der Angestellten und Arbeiter der Post, Telegraphie und Telephonie; der Verband der Arbeiter in den Schiffswerften; die Verbände der Tabak- und Zündholzarbeiter (in Frankreich Staatsbetriebe), der Verband der Geld- und Medaillepräger und die Arbeiter in Pulverfabriken, Militärwerkstätten zc. Das Exekutivkomitee dieses Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, an die Kammer und die Regierung um Einführung des Achtstundentages in allen Staatsbetrieben zu petitionieren.

## Gewerkschaftliches.

**Bremen.** Wie uns mitgeteilt wird, wurde bei der Firma Guntermann, Schütte u. Co. in Fiedeburg ein Lohnabzug von 50 Pfg pro Wille auf alle Sorten vorgenommen. Die Kollegen, welche in anderen Orten in Arbeit zu treten gedenken, wollen dies beachten.

**Bremen.** Der Vorstand.  
**Berlin.** Achtung! Cigarrensortierer und Sortiererinnen wollen sich vor Annahme von Arbeit in Berlin an Kollegen Albert Werner, Berlin N. 58, Treßkowsstraße 46, Hof links wenden.

**Achtung!** Alle diejenigen Kollegen, welche hier in Hadersleben oder Rendsburg in Arbeit treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse erst an den Vorstand hier in Hadersleben wenden. Schriftliche Anfragen werden gleich beantwortet. Johannes Hecken, Tabakspinner, Schlachterstraße Nr. 651, Hadersleben.

**Achtung, Cigarrenarbeiter!** Zuzug nach Hastedt bei Bremen ist fernzuzulassen.

**Goldberg.** Die Kollegen wollen beachten, daß bei der Firma Rose Differenzen bestehen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Röln.** Zuzug nach Köln ist fernzuzulassen, da hier das Bestreben besteht, auf jealiche Art die unbequemten Mitglieder des Verbandes los zu werden.

**Achtung, Kollegen!** Der Zuzug nach Liegnitz ist streng fernzuzulassen, da Lohn Differenzen vorliegen.

**Magdeburg.** Die reisenden Kollegen werden ersucht, das Umhauen in Magdeburg bis auf weiteres zu unterlassen, da hier wegen Lohnabzug Differenzen bestehen.

**Münchehof am Harz.** Wegen Ansperrung sämtlicher Cigarrenarbeiter der Firma Arnold Erdbrink u. Meyer ist der Zuzug nach Harriehausen und Münchehof fernzuzulassen.

**Neustadt (Oberschl.)** Zuzug ist fernzuzulassen, da bei der Firma Hugo Kunzes Wm. Differenzen ausgebrochen sind.

**Orsoy.** Die Kollegen wollen beachten, daß bei der Firma Adolf Tendinger Lohn Differenzen bestehen.

**Ratibor.** Achtung, Sortierer! Der Zuzug nach Ratibor ist wegen Lohnreduzierung bis auf weiteres streng fernzuzulassen.

**Schwepnitz i. S.** In der Fabrik von Dick wurden pro Wille 50 Pfg. bis 2 Mk. Lohn abgezogen und das Verlangen gestellt, aus dem Verband auszutreten. Zuzug ist darum fernzuzulassen.

**Templin.** Die Kollegen werden ersucht, den Zuzug nach hier fernzuzulassen, da die Firma Wüstenberg ein Verbandsmitglied maßregelte.

**J. A.: Der Bevollmächtigte von Prenzlau.**

**Die Berliner Gewerkschaftskommission** veröffentlicht in einer Reihe von statistischen Tabellen das Ergebnis der von ihr vorgenommenen Arbeitslosenzählung. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Berlin beträgt danach 59 638, die der Arbeitsbeschränkten 42 510, in den Vororten mit Ausnahme Charlottenburgs 10 493 bezw. 5294 und in Charlottenburg 3157 bezw. 2083, so daß also in Berlin nebst Vororten sich insgesamt 73 288 Arbeitslose und 52 887 arbeitsbeschränkte Personen befinden. Von den Arbeitslosen gehört allerdings eine gewisse Anzahl zu denen, die im Winter regelmäßig arbeitslos sind. Es sind das die Angehörigen des Baugewerbes und verwandter Beschäftigungsarten, deren Zahl 10 720 beträgt; denselben stehen aber immer noch allein in Berlin 48 918 Arbeitslose

gegenüber aus solchen Berufszweigen, deren Tätigkeit durch den Winter nicht behindert wird. Auch ist zu berücksichtigen, daß der ungewöhnlich milde Winter das Baugewerbe nur an wenigen Tagen zur Einstellung der Arbeit zwang. Die Arbeitsbeschränkung ist am größten in der Metallindustrie, wo 12 266 Arbeiter und 586 Arbeiterinnen mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt sind, und zwar beträgt die Verkürzung bei fast 2000 Arbeitern mehr als ein Drittel. Unter den Arbeitslosen befinden sich 1239, die seit 9—12 Monaten keine Arbeit haben; ein erheblicher Teil derselben mag den Arbeitslosen zuzuzählen sein. Von neun Monaten an abwärts wächst die Zahl der Arbeitslosen fortwährend, am größten ist die Zahl derjenigen, die am Jahrestag bereits 2—3 Monate außer Arbeit waren. Es sind in Berlin allein 10 769. Unter den 42 510, die in Berlin als verkürzte Zeit arbeitend festgestellt wurden, finden sich 10 233, deren Arbeitszeit und Verdienst um mehr als ein Drittel herabgesetzt war. Die Annahme, daß die Arbeitslosigkeit durch Zuzug von auswärtigen sehr verschärft worden sei, wird durch die Statistik widerlegt; aus derselben geht hervor, daß die Zahl derjenigen, die erst wenige Wochen am Orte waren, verschwindend klein ist, während die überwiegende Mehrheit schon seit länger als zwei Jahren in Berlin wohnt, und nahezu ein Drittel der Gesamtzahl sind geborene Berliner. Die Erhebungen haben sich auch auf die Zahl der Kinder der Arbeitslosen und Arbeitsbeschränkten erstreckt. Für erstere sind in Berlin 37 296, in den Vororten 10 376 Kinder, für letztere in Berlin 41 375, in den Vororten 9534 Kinder ermittelt worden. Rechnet man nur die gänzlich Arbeitslosen mit ihren Kindern, so erhält man in Berlin 96 934, in den Vororten 20 868, zusammen 117 802 Personen, die von den Folgen der gänzlichlichen Arbeitslosigkeit betroffen sind. Von einer „normalen“ Arbeitslosigkeit, wie sie der Oberbürgermeister von Berlin noch unlängst bezeichnete, kann danach keine Rede mehr sein.

**Ein Kongreß der christlichen Gewerkschaften** wird am 29. Juni und die folgenden Tage in München stattfinden. Die Tagesordnung lautet folgendermaßen:

1. Bericht des Ausschusses über die Entwicklung der Bewegung; (Referent: A. Brust-Altenessen.)
2. Das Genossenschaftswesen; (Referent: J. Beschkefeld.)
3. Schutz der gewerblich tätigen Frauen und jugendlichen Arbeiter; (Referent: E. M. Schiffer-Krefeld.)
4. Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter; (Referent: F. Giesberts-M. Gladbach.)
5. Die Förderung der Fortbildung der Arbeiter; (Referent: R. Giesler-Freiburg i. Br.)

An den Kongreß anschließend wird die Generalversammlung des Gesamtverbandes stattfinden.

Es kriest in den christlichen Gewerkschaften und wird der Kongreß schwere Arbeit haben, um alles wieder ins Lot zu bringen. Denn außer dem christlichen Metallarbeiterverband, der seine Delegierten schon nicht mehr zu den Sitzungen sendet, ist jetzt auch in dem christlichen Zieglerverband eine Spaltung ausgebrochen. Und das hat der Zolltarif gethan. Der Ausschuß des Gesamtverbandes hat beschlossen, dem Zieglerverband in seinem Kampfe gegen die Zollgegner in seinen Reihen beizustehen. Weiter will man, um Ersatz für die abreisenden Organisationen zu haben, den Bund der Fleischergehilfen zu Berlin als neu gegründete christliche Organisation zu dem Kongreß einladen.

**Die Zahl der Arbeitslosen im Verbands deutscher Gewerkschaften** betrug nach einer am 15. Februar d. J. vorgenommenen Zählung 2140. Beteiligt hatten sich an der Zählung 66 951 Mitglieder, so daß 3,1 Proz. als arbeitslos ermittelt sind. Die Arbeitslosen waren bis zum Zählungstermin im ganzen 14 126 Wochen arbeitslos. Die Statistik ergibt gegen die vorige Zählung, die am 15. November d. J. stattfand, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um das Doppelte. Am 15. November wurden 1108 Arbeitslose ermittelt, die 6457 Wochen arbeitslos waren.

**Eine Zählung der Arbeitslosen** veranstaltete das Gewerkschaftsamt in Stettin am 6. Februar. Danach waren 1809 Arbeitslose vorhanden, von denen 1037 verheiratet waren und 2259 Kinder unter 14 Jahren hatten. Es haben also 5105 Personen unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit betrug 15 936 Wochen.

**Der Musterchrist Brust,** Leiter des Gewerkschaftsbereichs christlicher Vergleute, ist nun wegen Verleumdung des Genossen Müller bestraft. Kürzlich erschien im Vergnapp ein Artikel mit der vielversprechenden Ueberschrift: „Zur Charakterisierung sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer“. In diesem Artikel, der von einem anderen Christen Namens Ruthmann als Einsender unterschrieben war, wurde gegen den wegen schwerer Erkrankung von seinem Posten zurückgetretenen Vorsitzenden des deutschen Bergarbeiterverbandes, Müller, der Vorwurf erhoben, derselbe habe in einem Brief an einen Beamten sich angeboten; Material, das er gegen die Arbeiter gesammelt, den Unternehmern zur Verfügung zu stellen, wenn er dafür eine Stelle bekomme! Diese ungeheuerliche Beschuldigung wurde in einer Form gebracht, auf Grund deren man kaum an der Wahrheit der beschuldigung zweifeln konnte; man veröffentlichte den angeleglichen Brief Müllers an den Grubenbeamten. Mit solcher Bestimmtheit wurde die Verleumdung aufrecht erhalten, daß man trotz der trüben Quelle, aus der sie stammte, glauben konnte, diesmal enthalte die geradezu sensationelles Aufsehen und Erregung in den beteiligten Kreisen hervorruhende Beschuldigung, die in der Arbeiterbewegung wohl einzig dasteht, wenigstens ein Körnchen Wahrheit. Aber vor Gericht citiert konnte Brust auch nicht den Schatten eines Beweises für die ungeheuerliche Anschuldigung erbringen. Seine einzige Entschuldigung bestand in dem Gejammer, er sei dupiert worden!!! Dieser naive, harmlose Brust! Der angebliche Empfänger des Briefes befandete, von Müller einar oder auch mehrere Briefe erhalten zu haben, in denen derselbe um Verwendung auf der Zeche gebeten habe, aber von Material, das gegen die Arbeiter verwendet werden könne, stand nichts in den Briefen. Ein anderer Zeuge will auch Briefe von Müller empfangen haben, kann aber über den Inhalt überhaupt nichts angeben. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung erkannte das Gericht gegen den Oberchristen Brust auf 300 Mk. Geldstrafe, gegen Ruthmann auf 14 Tage Gefängnis.



# An die Cigarrenfortierer und Ristenmacher Deutschlands!

Werte Kollegen und Kolleginnen! Der Vorstand und Ausschuss des Vereins deutscher Cigarrenfortierer haben sich wiederholt mit der Frage beschäftigt, wie am besten eine zweckmäßige Agitation für den Verein in die Wege zu leiten ist. Ueber die Notwendigkeit einer solchen Agitation noch viele Worte zu verlieren, erübrigt sich wohl. Betrachten wir die große Zahl der uns noch fernstehenden, und daraus entspringend die Willkür der Fabrikanten bei Festsetzung des Lohns und Arbeitsbedingungen, so ergibt sich daraus von selbst, daß wir keine Mittel und Wege scheuen dürfen, zu versuchen, die Kollegen und Kolleginnen möglichst alle in den Verein hinein zu bekommen. Auch die verschiedenen Anläufe, die wieder gemacht werden, um den Tabak durch neue Steuern zu belasten, „ihn noch mehr bluten zu lassen“, sollte alle Kollegen veranlassen, für eine rege Agitation Sorge zu tragen. Die gewerkschaftliche Organisation ist ein Wachstumsfaktor, mit dem die schaffenden Kreise zu rechnen haben, aber nur dann, wenn sie stark und kräftig dastehen!

Der Vorstand und Ausschuss hat deshalb ein Flugblatt hergestellt, welches wir den Kollegen zur weitesten Verbreitung empfehlen. Auf dem Flugblatte ist gleichzeitig die Anfängliche einer Hausagitation und die Abhaltung einer Versammlung vorgesehen. Wünschen nun die Kollegen in irgend einem Orte, wenn auch nur einzelne Kollegen sich der Mühe unterziehen wollen, eine Hausagitation vorzunehmen, so dürfen sie nur angeben, wieviel Flugblätter sie haben wollen, und wir senden ihnen diese zu. Dieselben müssen dann zunächst am Orte unter den gesamten Kollegen verbreitet werden, um dann nachher in die Hausagitation einzutreten.

Wünschen die Kollegen Versammlungen abzuhalten, ist mit den Flugblättern ebenso zu verfahren, nur ist dann auf denselben das Lokal und die Zeit der Versammlung anzugeben, für welche Angaben entsprechender Platz vorgesehen ist. Zu diesen Versammlungen würde, wenn es irgend möglich ist und gewünscht wird, der Vorstand eventuell einen Referenten stellen, jedoch dürfte dann die Festsetzung des Tages auch dem Vorstande überlassen werden müssen. Etwas Wünsche in dieser Beziehung müßten uns möglichst bald zugehen.

Kollegen und Kolleginnen! Wir ersuchen nun jeden einzelnen unter Euch, einmal die Hand mit an das Werk zu legen, die kleine Mühe und Arbeit nicht zu scheuen, der Erfolg wird unsere Bemühungen lohnen! Die Flugblätter sind fertiggestellt und bitten wir, möglichst umfangreichen Gebrauch davon zu machen und mit uns einzutreten in eine Agitation für den Verein deutscher Cigarrenfortierer, zum Nutzen und zum Segen der gesamten Kollegen Deutschlands! Auf zur Agitation an allen Orten, wo Cigarrenfortierer und Ristenmacher uns noch fernstehen!

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorstand und Ausschuss.

J. A. Karl Arnold, Hamburg 6, Schäferstraße 19.

## Berichte.

**Achim.** Am Sonntag den 9. März nachmittags 5 Uhr fand hier im Lokale des Herrn C. Rühle eine ziemlich gut besuchte öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher unser Verbandsvorsitzender Karl Reichmann über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter Deutschlands und die in Aussicht genommene Mehrbelastung des Tabaks referierte. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in sehr zufriedenstellender Weise, wofür derselbe zum Schluß seiner Ausführungen mit reichem Beifall belohnt wurde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Tabakarbeiter Achims erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Karl Reichmann voll und ganz einverstanden; sie verpflichtet sich, der ihnen durch die Mehrbelastung des Tabaks drohenden Gefahr durch geeignete Agitation entgegen zu treten.“ Alsdann wurde eine Kommission von fünf folgenden Kollegen gewählt: Gottlieb Bähr, Georg Becker, Aug. Tengel, Fritz Reiners und Heinrich Gerlach, welcher aufgegeben wurde, sofort mit der Berliner Kommission in Verbindung zu treten.

**Görlitz.** Eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Die drohende Tabaksteuer, fand am 27. Februar abends 8½ Uhr im Saale des Goldenen Löwen statt. Kollege Keller hatte das Referat übernommen. Nebenher bedauert, daß zu solcher wichtigen Tagesordnung nicht mehr Tabakarbeiter erschienen seien. Die Fabrikanten hätten ihre Freude darüber ausgesprochen, daß sie ihre Organisation nicht befeitigt hätten. Die Tabakindustrie ist am meisten mit Steuerprojekten beunruhigt worden. 1879 wurde der Eingangszoll von 24 auf 85 Mk. erhöht und der inländische Tabak von 4 auf 45 Mk. Die Wirkung davon war, daß die neuen Lasten auf die Arbeiter abgewälzt wurden. Früher wurden die Tabakarbeiter beneidet, heute ist das Gegenteil der Fall, da sie infolge des schlechteren Materials, sowie der schwierigeren Façons und bedeutend saurerer Arbeit immer mehr in ihrer Lebenslage heruntergedrückt werden. Auch durch immer weitere Heranziehung der weiblichen Arbeit wird der Lohn immer weiter herunter zu drücken gesucht, was aber kaum mehr möglich sein wird, da die Tabakarbeiter das zum Leben Notwendige heute schon nicht mehr verdienen können. Auch ist bei höherem Zoll ein Rückgang des Konsums zu erwarten. Seit 1879 ist der Tabakkonsum wohl gestiegen, auf den Kopf berechnet ist aber der Verbrauch zurückgegangen. Durch eine höhere Besteuerung des ausländischen Tabaks würde sich der deutsche Tabakbau kaum heben, und der Konsument würde mit dem Fabrikat nicht mehr zufrieden sein oder müßte es teurer bezahlen, er würde mehr zur Preisse oder Cigarette greifen. Im Interesse der Tabakarbeiter würde dies sehr zu bedauern sein. Die Regierung hatte in ihrem Tarif keinen höheren Zoll eingesetzt, die Industriellen sind mit dem jetzigen Zustand zufrieden. Nur die deutschen Tabakbauer fordern einen höheren Eingangszoll. Die Regierung scheint aber wieder die Fabrikatsteuer in petto zu haben, mit der weder die Fabrikanten, noch die Arbeiter zufrieden sein können. Jedenfalls ist eine Besteuerung durch Specialgesetz geplant. Wird der Zoll auf ausländischen Tabak erhöht, so würde eine Erhöhung der Steuer auf inländischen Tabak folgen, so daß die Spannung entweder die gleiche blieb, oder sich auf vielleicht 60 Mk. erhöhte. Die mittleren Händler und kleineren Fabrikanten könnten dann nicht bestehen. Die Folge wäre eine weitere Konzentration des Kapitals. Die Tabakarbeiter müßten vor allem vor jeder weiteren Herabdrückung ihrer Lage verschont bleiben. Wir müssen eine Kommission wählen, die sofort die Agitation in die Hand nimmt, wenn eine Regierungsvorlage in Sicht kommt. Vor sieben Jahren haben uns die Fabrikanten bekanntlich unterstützt, als es damals gegen die Fabrikatsteuer zu protestieren galt. Jedenfalls werden wir, wie vor sieben Jahren, unsere Schuldtigkeit thun. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus. Es wurde vor allem auf die Beschaffung von Geldmitteln hingewiesen. In die Kommission wurden gewählt Lindner, Grolms und Preßgott. Unter Berücksichtigung teilt Kollege Seibt mit, daß die Differenzen in der Fabrik Rechner beigelegt seien. Herr Rechner habe zugestanden, keine Maßregelungen vorzunehmen und die Löhne seien auf dem alten Niveau geblieben; hieraus möchten vor allem die weiblichen Arbeiter in allen Fabriken erfahren, daß sie durch die Organisation etwas erreichen können. Gegen die drohende Tabak-

steuer nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Die am 27. Februar im Saale des Goldenen Löwen tagende öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die von dem Reichsstaatssekretär in Aussicht gestellte höhere Besteuerung des Tabaks, da sie dem Interesse der in der Tabakbranche beschäftigten Personen zuwider läuft und weil sie infolge des zu erwartenden verminderten Konsums steigende Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Die Versammlung protestiert vom Produzenten- und Konsumentenstandpunkt aus gegen die Steigerung der indirekten Steuern.“

**Seiligenstadt.** Die Cigarrenfabrik von Müller u. Kieser hier suchte in Nr. 6 unserer Zeitung einen Mann, welcher an einer Krauseischen Vergoldpresse Beschäftigung suchte. Die Firma stellte bereits acht Tage vorher einen Presser mit 21 Mk. Wochenlohn ein. Nachdem derselbe vier Wochen lang seine Kunst bewiesen und die Firma, welche nur Cigarrenstempeldecken prägen läßt, genügend Vorrat hatte, wurde dem Presser Sp. durch den Reisenden Niemann mitgeteilt, daß er den Lohn von 21 Mk. nicht beanspruchen könne. In Heidelberg hätte Herr Niemann gesehen, wie Kinder von acht Jahren dieselbe Arbeit auf Samt ausführten. Er (der Presser) müßte sich mit 15 Mk. zufrieden stellen, wie es alle anderen Arbeiter erhielten. Der Beruführer selbst erhielt nur 20 Mk. Der Presser Sp. hatte hierauf gekündigt. In nächster Zeit wird die Firma wieder einen Presser suchen, bei welchem sie die Kunst des Vergoldens absehen wird, um jedenfalls später auch hier in Seiligenstadt die Presserei durch Kinder ausführen lassen zu können. (Buchbinderz.)

**Klein-Krohenburg.** Am Sonntag den 9. März fand hier im Gasthaus zur Krone eine leider nur mäßig besuchte öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, um gegen die vom Staatssekretär v. Thielmann in Aussicht gestellte Erhöhung der Tabaksteuer Protest einzulegen. Genosse Theodor Appel, der das Referat übernommen, schilderte in vorrefflicher Weise die Entwicklung der Tabaksteuer und des Zollsystems, hierbei auf die Schäden hinweisend, die bei einer eventuellen Steuererhöhung des Tabaks für die Arbeiter sich in Gestalt von massenhaften Entlassungen bemerkbar machen würden. Er empfahl die Wahl einer Kommission, die mit der auf dem Kongress der Tabakarbeiter zu Berlin im Jahre 1895 gewählten Kommission bei eventuellen Vorkommnissen in Verbindung treten soll. Nachdem Genosse Weib die Ausführungen des Referenten in verschiedenen Punkten ergänzte, forderte Genosse Rapp alle der Organisation noch fernstehenden auf, sich derselben anzuschließen. Sodann wurde die Wahl der Kommission vorgenommen, welcher drei Organisierte und drei Nichtorganisierte angehören sollen. Dem Verband wurden gewählt: Ab. Jos. Daus, Theodor Appel, Leopold Zimmermann; von Nichtorganisierten: Joh. Leonhard Metzger, Konr. Wend, Piez, Joh. Mik. Schwab. Sodann gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute im Gasthaus zur Krone tagende öffentliche Tabakarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln der Erhöhung des Tabakzolls entgegenzutreten.“

**Liegnitz.** Sonntag den 9. März wurden wir auf Verlangen der Kollegen der Schoenschen Fabrik durch die Verbandsleitung zu einer Besprechung eingeladen, da auf genannter Fabrik Verhältnisse bestehen, die für die meisten Arbeiter schon lange unerträglich geworden sind. Zu unserem Bedauern müssen wir aber mitteilen, daß diejenigen, die diese Zusammenkunft verlangt haben, nicht da waren, während die anderen Fabriken ziemlich stark vertreten waren. Der Kollege Wetter, der, bald nachdem er von der Firma Förster ausgesperrt wurde, an die Mitglieder mehrerer Male das Verlangen stellte, ihm aus Verbandsmitteln 100 Mk. zu geben, 40 Mk. für Umzug und 60 Mk. als Ablösung, wurde auf das Statut verwiesen. Derselbe Kollege hat es nicht für notwendig gehalten seine Frau, die Widelmaderin ist, in unseren Verband aufnehmen zu lassen. Als aber Herr Förster den Lohnabzug machte, die Arbeiter sich das nicht gefallen ließen und ihre Unterstützung von uns erhalten hatten, ließ sie sich dann erst in den Verband aufnehmen. Dann montierte er es, daß die Unterstützung von 5 Mk. für seine Frau zu niedrig sei; die Vollberechtigten erhalten 6 Mk. Sie hat also geerntet und nicht gefast. Da sich nun Langer und Wetter gegen die Mitglieder statutenwidrig benommen haben, haben wir beim Vorstand beantragt, beide aus unserem Verband zu streichen. Wetter teilte mir mit, daß die Arbeiter der Försterschen Fabrik betreffs 14tägiger Kündigung vom Gewerbegericht abgewiesen wurden. Im vorigen Jahre hatte genannter Herr im Arbeitsraume eine Fabrikordnung ausgehängt, nach der die 14tägige Kündigung aufgehoben werden sollte; die Kollegen Herrmann und Schubert wandten sich sofort an Herrn Förster mit dem Ersuchen, die 14tägige Kündigung bestehen zu lassen, da die meisten Kollegen verheiratet sind. Herr Förster erklärte, er wolle sich erkundigen, wie es auf den anderen Fabriken üblich ist und werde ihnen dann Bescheid zukommen lassen. Später wurde ihnen vom Meister Laube mitgeteilt, daß die Arbeiter 14 Tage Kündigung haben. Die Arbeiter glaubten, dies sei der Bescheid. Als aber vor Weihnachten der Sortiererin Frau Friesenthal zugemutet wurde, einer Ristenmacherin das Sortieren zu lernen und sie dies verweigerte, tabelte man ihre Arbeit; vorher hatte man keinen Tabel. Darauf reichte sie ihre Kündigung ein. Den anderen Tag wurde sie aber entlassen. Sie wandte sich an das Gewerbegericht und Herr Förster bestritt, daß bei ihm eine Kündigung bestünde. Er wurde vom Herrn Friesenthal zum Eide getrieben, verweigerte dieses aber. Die Kollegen Herrmann und Schubert stellten sich sofort als Zeugen. Sie behaupteten, daß sie seiner Zeit mit Herrn Förster Rücksprache genommen haben und ihnen vom Meister die Mitteilung wurde, daß eine 14tägige Kündigung bestehen bleibe, was sie auch beideten. Aber Herr Förster erhob Einspruch. Bei dem am 11. März stattgefundenen Termin, wo die Arbeiter vom Gewerbegericht abgewiesen wurden, behauptete Herr Förster, daß er den Bescheid, eine Kündigung bestünde bei ihm nicht, seinen Arbeitern eines Sonnabends bei der Lohnzahlung mitgeteilt habe. Davon weiß aber kein Arbeiter etwas. Dann reichte Herr F. seine polizeilich beglaubigte Arbeitsordnung ein, die kein Arbeiter vorher zu sehen bekommen hatte. Darauf teilte der Vorsitzende des Gewerbegerichts mit, daß die Arbeitsordnung im Arbeitsraume ausgehängt habe, polizeilich eingereicht und beglaubigt sei und die Arbeiter bald die Arbeit einstellen sollten, da die Ordnung aus der Fabrik nicht entfernt war. Weiter teilte mir den Kollegen mit, daß sich schon wieder ein paar arbeitswillige Nichtmitglieder zur Verfügung gestellt haben. Wie uns eben mitgeteilt wird, fangen Wetter und Frau bei Förster zu arbeiten an. Das hielt ihn nicht ab, seine Frau nach Unterstützung von 14 Mk. zu schicken, was ihr natürlich verweigert wurde, worauf sie uns erklärte, Herr Förster werde die Mitglieder der Kommission zur Anzeige bringen, die einen arbeitswilligen auf Verlangen abgeholt und in die Kartellung mitgenommen haben, wo er und Langer sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt haben. Noch ersuchen wir, den Bezug wegen Arbeitsmangels fern zu halten.

Alle Briefe und Sendungen sind an Julius Isner, Ritterstraße 7 zu senden.

Herrn Lorenz, die Klage vor den Amts-, Gewerbe-gerichten und den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, sowie die Zwangsvollstreckung. Verlag von Mich. Lipinski, Leipzig, Lange Straße 27. Preis 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Nur nichts mit dem Gericht und dem Advokaten zu thun haben! So denken viele und verzichten lieber auf ihr Recht oder erdulden Schäden. Und warum? Weil sie den ganzen Prozeßgang nicht kennen, einer fremden Ideewelt gegenüberstehen und ratlos sind. Diese unbegründete Scheu vor den Gerichten will obiges Buch beseitigen. In klarer, schlichter, jedem verständlicher Weise wird das Verfahren vor den Gerichten erläutert, vor denen sich jeder ohne Rechtsbeistand selbst vertreten kann. Das Verständnis wird durch viele Formularbeispiele erleichtert, die alle dem praktischen Leben entlehnt sind. Außerdem hat der Verfasser

sich nicht bloß an den trockenen Stoff der Zivilprozessordnung gehalten, sondern hat auch auf Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zurückgegriffen. Alles in allem, der Verfasser hat mit Geschick versucht, eine schwierige Materie dem großen Publikum nahe zu bringen. Allen minderbemittelten Kreisen sowie den Arbeitern und Gewerbetreibenden wird das Buch gute Dienste leisten und ist die Anschaffung des gut ausgestatteten und billigen Wertes bestens zu empfehlen.

**Lippstadt.** Nach der letzten Versammlung, in der Kollege Faure-Bremen referierte, haben sich erfreulicherweise viele Kollegen dem Verband angeschlossen. Hoffentlich werden sich auch die Kollegen in Ermite bald ermannen, und sich ihren Arbeitsbrüdern anschließen.

**Lippstadt.** Auf Veranlassung der Vorortskommission des 44. Agitationsbezirks unternahm der Kollege Faure-Bremen eine Agitationsstour in diesem Bezirk. Es fanden Versammlungen statt in Ermite am 23. Februar, in Soest am 25. Februar, in Meschede am 26. Februar, in Bielefeld am 27. Februar, in Lippstadt am 1. März. Die Versammlungen, in welchen über das Thema: Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und die in Aussicht genommene Mehrbelastung des Tabaks referiert wurde, waren durchgängig gut besucht. Eine Anzahl neuer Mitglieder wurde gewonnen und fand auch die Wahl von Kommissionen statt, die sich mit der Berliner Kommission in Verbindung setzen sollen, falls die angebotene Mehrbelastung des Tabaks greifbarere Gestalt angenommen hat. Eine in Fredeburg geplante Versammlung wurde vornehmlich auf Betreiben des Bremer Cigarrenarbeiters B. Schöote — welcher jetzt in Fredeburg eine Meisterstelle inne hat — vereitelt. Dieser Herr wird hoffentlich demnächst den gebührenden Lohn von seinem Arbeitgeber erhalten. Die auf den 2. März in Lippstadt in einem größeren Lokal einberufene Versammlung wurde in letzter Stunde durch Verweigerung des Lokals unmöglich gemacht und wurde deshalb das Referat am 1. März in einem kleineren Lokal gehalten. Es deuten alle Anzeichen darauf hin, daß hier die Herren Cigarrenfabrikanten dabei die Hand in die Spiele haben. Jedenfalls will man die Arbeiter vor sogenannter „Aufhebung“ schützen, damit man nach wie vor geduldige Lämmlein behält, die sich, ohne mit einer Wimper zu zucken, das Fell über die Ohren ziehen lassen. Allerdings haben diese Herren von ihrem Standpunkt aus auch alle Ursache, gegen die Organisation der Arbeiter zu wettern. Setzt doch eine starke Organisation die Arbeiter in den Stand, sich gegen die besonders in letzter Zeit viel beliebten Lohnabzüge, überhaupt Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu schützen zu können. Die Arbeiter werden aus dem Verhalten der Fabrikanten die Lehre zu ziehen haben, daß es ihre heiligste Pflicht ist, der Organisation immer neue Anhänger zuzuführen. Wenn dieses geschieht, werden alle Maßnahmen des Unternehmertums ohne die beabsichtigte Wirkung bleiben.

Der Obmann der Vorortskommission.

**Rhüden.** Zu der am 7. März stattgefundenen Tabakarbeiterversammlung war unser Verbandsvorsitzender Deichmann aus Bremen erschienen und hielt einen sehr belehrenden Vortrag über Zweck und Nutzen des Verbandes, der von den Anwesenden mit dem größten Interesse angehört wurde. Auch sprach derselbe über die geplante Erhöhung des Tabakzolls und deren Folgen und forderte zum Schluß seiner Ausführungen alle Anwesenden auf, kräftig für den Verband zu agitieren. Es fand dann folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute im Verbandslokale tagende Mitgliederversammlung ist mit den Ausführungen des Kollegen Deichmann voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, für den Verband zu agitieren und jeden noch fernstehenden Kollegen aufzufordern, dem Verbandsbeitritt.“ Es wurde dann eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Hoppe, Bratebusch und Klages, gewählt, die sich mit der Berliner Kommission in Verbindung zu setzen hat. Leider halten es noch immer eine Anzahl Kollegen nicht für notwendig, dem Verbandsbeitritt; diese Leute wissen gar nicht, daß der einzelne nichts für seine Lage zu thun vermag. Kollegen, wendet doch die Grodchen, die Ihr in Krieger- und sonstigen Almbüchervereinen ausgebt, besser an; tretet ein in unseren Verband, der für eure Interessen sorgt. Setzt Euch unsere Grundsätze an, sie sind alle organisiert, und wie trefflich diese ihren Vorteil wahrnehmen, das solltet Ihr speziell hier in Rhüden doch wohl wissen; tretet also ein in unseren Verband.

**Nauen.** Am Donnerstag den 13. März tagte bei Scholz eine öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung, die auch von Fabrikanten besucht war und in welcher der Reichstagsabgeordnete Förster-Hamburg über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und die geplante Erhöhung der Tabaksteuer referierte. Der Redner behandelte eingehend die in der Zolltarifkommission des Reichstags seitens der Agrarier gestellten Anträge auf Erhöhung des Zolls auf ausländischen Tabak. Er wies klar und überzeugend nach, daß wenn dieser erhöhte Zoll angenommen würde, das gerade Gegenteil eintreten würde, was die Agrarier behaupten, d. h. die deutschen Tabakbauern hätten von dieser Maßregel den größten Schaden. Wenn nun auch, was sicher ist, so schloß der Referent, die Regierung den Antrag auf Erhöhung des Zolls nicht annehmen wird, so ist jedoch bestimmt voranzusehen, daß nach den Reichstagswahlen die Regierung die Tabakfabrikatsteuer wieder aufnehmen wird. So hätten schon jetzt die Tabakarbeiter die Pflicht, den Kampf aufzunehmen, damit sie wie im Jahre 1893 die drohende Gefahr von ihrem Gewerbe abwenden. Folgende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme: „Die heute hier Versammelten erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichten sich, jeder etwaigen neuen Besteuerung des Tabaks energigsten Widerstand entgegenzusetzen, und solchen Absichten der Regierung gegenüber den Kampf auf der ganzen Linie, genau wie gegenüber dem jetzigen Hungertarif, aufzunehmen. Sie beauftragen ferner die hier bestehende Kommission für öffentliche Angelegenheiten der Tabakarbeiter, sich mit dem in Berlin gewählten Komitee in Verbindung zu setzen.“ Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, worauf zum Schluß der Vorsitzende Kollege Müllerstadt die Anwesenden ersuchte, bei der kommenden Wahlbewegung ihre Person in den Dienst der sozialdemokratischen Partei zu stellen, damit die Vertretung des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland im Reichstag dem Herrn Pauli, welcher ein Befürworter der indirekten Steuern und Pölle ist, abgenommen wird und an seine Stelle der sozialdemokratische Kandidat Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht gesetzt wird.

**Wernigerode.** Am Montag den 3. März fand im Volksgarten eine leider nur schwach besuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes statt. Zum 1. Punkt: Wahl einer Kommission zur Agitation gegen die in Aussicht stehende Tabaksteuer, wurden die Kollegen Gufung, Werner, Ehlert, Brüning und Grobhenning gewählt. Die Kommission soll auch in nächster Zeit eine Hausagitation betreiben. Unter Punkt Verschiedenes wurden Lokale Angelegenheiten besprochen, u. a. die Interesslosigkeit verschiedener Kollegen an der Arbeiterbewegung am Orte. Die Herren Kollegen glauben, wenn sie ihren Beitrag zahlen, das genügt; in Versammlungen zu erscheinen, um da mit Rat und That an der Ausdehnung der Organisation mit zu arbeiten, das ist — nach ihrer Meinung — zu viel verlangt. Kollegen und Kolleginnen, ein jeder sollte es sich zur Pflicht machen, die Kollegen und Kolleginnen, die dem Verbande noch fern stehen, darauf aufmerksam zu machen und sie zu überzeugen suchen, daß sie dem Verband beizutreten. Auch ist es Pflicht der Kollegen, die Zeitung zu lesen, die ihre Interessen vertritt. Das ist für Wernigerode die Volksstimme. Ferner wurden den Münchener Kollegen 15 Mk. aus der Ortskasse bewilligt.

## Quittung.

Beim Unterzeichneten sind aus Haynau 4.50 Mk. eingegangen. Den Gebern besten Dank.  
Julius Isner, Liegnitz, Ritterstr. 7.



# Vereinsteil.

## Central-Krankens- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

**Central-Kasse:** Hamburg-Nienbockstr. 5, I.  
**Abteilung:** D. Sidow, Brandenburg a. S., Linienstraße 30.  
**Schiedsgericht:** A. Hanisch, Dresden-N., Königsbrüder-Str. 41, IV.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen:  
 Otensen 300 M.

Zuschüsse an die Ortsverwaltungen:  
 100 M. Kassel 200 M., Nürnberg 100 M., Waldheim  
 150 M., Wittenberg 50 M., Altona 200 M., Celle 100 M.,  
 München 75 M., Sandhofen 150 M., Schwepingen 100 M.  
 Summa: 1225.- M.

Durch die Hauptkasse erhielten Krankengeld:  
 C. Lounow in Bellen 16.20 M., Frau Schuster in Harpers-  
 dorf 6.60 M., G. Pappon in Ebdetoben 11.10 M., A. Keller in  
 Oels 15.72 M., W. Jahl in Roda 10 M., F. Müller in Bretten  
 9.25 M., Frau Viertel in Schweidnitz 6.60 M., R. Bierstedt in  
 Seidenberg, Frau Klein in Ederberg 8.25 M., C. Sälhoff in  
 Stadenhagen 11.10 M., C. Larjen in Barjebe 13.55 M., Ch.  
 Schemp in Gaildorf 8.75 M., D. Ehrhardt in Golbach 11.10 M.  
 Summa: 128.02 M.

Hamburg, den 17. März 1902. **B. Otto.**

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

**Carl Reichmann**, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.  
 Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das  
**Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes**, Bremen,  
 Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an **W. Nieder-**  
**Holland**, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Aufsicht bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich**  
**Meißner**, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

## Bekanntmachung.

Die Bevollmächtigten und Kontrolleure werden schon jetzt  
 darauf aufmerksam gemacht, daß am 31. März Abbruch für  
 das 1. Quartal 1902 zu machen ist.

Die Abrechnungen sind anzufertigen und nebst Belege sofort  
 an uns einzusenden. Insbesondere sei noch betont, daß die  
 Listen, welche zur Sammlung für den Streik in Nordhausen  
 versandt wurden, mit der Quartalsabrechnung unbedingt ein-  
 gesandt werden müssen. Die überflüssigen Gelder sind auch  
 einzusenden.

**Herm. Jühr** aus Biel, Buch Ser. III, 06367, hat irrtümlich  
 20 Pfg. Reiseunterstützung in Lorgau zuviel erhalten. Dieser Betrag  
 ist in Abzug zu bringen und mit entsprechendem Vermerk in Ab-  
 rechnung zu stellen.

Das auf den Namen **Arthur Freysche** aus Berlin lautende  
 Buch, Ser. III, 09551, ist als verloren gemeldet, im Vorzeigungsfalle  
 zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Die Bevollmächtigten und auch sonstige Kollegen, die die Adresse  
 des **Leo Kaschewsky** (bis Februar 1902 in Greiffenberg) kennen,  
 wollen uns diese umgehend mitteilen.

Nach § 8 gestrichen: **Carl Posadowsky**, Buch Ser. II, 18985,  
 zur Zeit in Scharmbeck.

Die Bevollmächtigten wollen uns möglichst umgehend das auf  
 den Namen **Math. Vogel** aus **Waldhausen** lautende Buch Ser. III,  
 03599, einlesen. Die Adresse des M. Vogel ist — wenn möglich —  
 ebenfalls anzugeben.

Das auf den Namen **Peter Vogtmann** lautende Buch ist als  
 verloren gemeldet, im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns  
 einzusenden. Ser. und Nr. des Buches ist uns vorläufig unbekannt.

Die Bevollmächtigten werden erucht, falls **Ottomar Keller**  
 aus **Ohredorf** ein Buch vorzeigt, dieses zu konfiszieren und an uns  
 einzusenden. Keller ist unter keinen Umständen ein neues Buch  
 auszustellen.

Die Bevollmächtigten und auch sonstige Kollegen, die die Adresse  
 des Cigarrenarbeiters **Carl Krause** aus **Lüben** (nicht Lüben, wie  
 in Nr. 11 stand) kennen, wollen uns diese gefälligst umgehend  
 mitteilen. Krause soll im Mai 1901 von **Mühlhausen** abgereist sein.

**Bremen. Der Vorstand.**

Vom 11. bis 17. März 1902 sind folgende Gelder bei mir ein-  
 gegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
10. März. Otensen . . . 600.—	15. Stolp i. Pommern . . . 40.—
11. Altona a. E. . . . 150.—	15. Dresden . . . . . 200.—
13. Waldheim . . . . 100.—	16. Löbau i. S. . . . . 50.—

B. Freiwillige Beiträge:	
10. März. Otensen, G. Niendorf . . . . .	50.—
11. Altona a. E., H. Rathgeber . . . . .	50.—
16. Löbau i. S., H. Hedler . . . . .	8.10
16. Groß-Müden, H. Verlebusch . . . . .	3.50

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder  
 zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu  
 senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.  
 Eruche die Herren Abgeber, auf dem Coupon die Bemerkung zu  
 machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.  
 Etwaige Reklamationen wollen man innerhalb 14 Tagen bei dem  
 Unterzeichneten einbringen.

Bremen, den 17. März 1902. **W. Nieder-Holland**,  
 Marktstraße 18, II., Kassierer.

## Pont Vorstände sind ernannt:

Für **Brettnig**: Rob. Köpfsch als 1. Bev., Max Wolf als 2. Bev.,  
 Georg Grosmann als 3. Bev.; Max Senf, Otto Haupe als Kontroll.  
 Für **Denlingen**: Rob. Deninger als Kontroll.  
 Für **Münchenerbrunn**: Franz Geffarth als 1. Bev., Geinr.  
 Beyer als 2. Bev., Franz Pojer als 3. Bev.; Adolf Friedrich, Max  
 Reinhold, Paul Felsche als Kontrolleure.  
 Für **Speier**: Friedrich Handermann als 1. Bev.

## Provisorisch aufgenommen sind:

Joh. Gorniat aus Birle, Herm. Engel aus Birnbaum (s. R.), (9)  
 Magd. Koberstein geb. Hölzerich, Joh. Schey aus Speier, Emil  
 Kurz aus Saarbrücken, Jak. Kether aus Gottramstein. (332)

**Paul Pfeiffer** aus Freiburg. (108)  
**Emma Meißner** aus Laubendresden. (440)  
**Friedr. Engel** aus Schwedt. (335)  
**Martina Ny** aus Wendisch-Gunnersdorf. (195)  
**Albert Haldermann**, Karl Banke, Georg Steinke, Otto Fellechner  
 (familt. s. R.), Helene Schröder aus Frankfurt a. D. (101)  
**Otto Koch** aus Borna. (163)  
**Karl Krümler** aus Südlengern, Friedrich Hagemeier, Wilh.  
**Weymeier** aus Kirchlangern. (180)  
**Paul Morgner**, Wilh. Bergner aus Gera. (124)  
**Karl Duncker** aus Gelmold. (316)  
**Otto Krupp** aus Weifen, Oskar Mühlfried aus Dresden (s. R.),  
**Oswald Schimmrohn** aus Meifen (s. R.). (211)  
**Karl Heimann** aus Glas, Franz Wegner aus Strelno, Oskar  
**Wigle** aus Kendorf (familt. s. R.), Bertha Fuhs aus Weichau. (290)  
**Billy Köppen** aus Wusterhausen a. D. (182)  
**Friedrich Ebbe** aus Weichensteinach. (256)  
 Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen  
 wollen man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei  
 dem Unterzeichneten einbringen.

**Bremen. Der Vorstand.**

## Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Mersburg**: Bei Karl Dieke, Neumarkt 22/23, S. III.  
 In **Münchenerbrunn**: Bei Geinr. Beyer, Topfmarkt. An  
 Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An  
 Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr mittags.  
 In **Speier**: In der Centralherberge, Hasenpühlstraße. An  
 Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An  
 Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr mittags.

## Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Eurer Versammlungen zahlreich!)  
 In **Mersburg**: Sonnabend den 22. März abends 8 Uhr im  
 Schwarzen Hof. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zum Ge-  
 werkschaftskartell. — Um zahlreiches Erscheinen erucht  
 S. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Grier**: Sonntag den 30. März vormittags 11 Uhr in der  
 Restauration zum goldenen Brunnen (Herrenzimmer). Tagesordnung  
 wird dabei bekannt gemacht. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
 S. A.: **Der Bevollmächtigte.**

**Görlitz.** Den durchreisenden Mitgliedern zur Beachtung, daß die  
 Zahlstelle Schönberg aufgehoben ist.  
 S. A.: **Der Bevollmächtigte.**

**Hamel.** Die von auswärts nach hier steuernden Mitglieder wollen  
 ihre Beiträge längstens bis zum 1. April einbringen. —  
 Zugleich sei darauf aufmerksam gemacht, daß die hiesige Zahlstelle an  
 diesem Tage einstellt, indem keine Aussicht vorhanden ist, eine ent-  
 sprechende Anzahl von Mitgliedern zu gewinnen. Die bisherigen  
 Mitglieder werden nach einer anderen Zahlstelle steuern.  
 S. A.: **Der Bevollmächtigte.**

**Lippstadt.** Wegen Abbruch des 1. Quartals eruche ich die Mit-  
 glieder, einschließliche auswärtige, die Beiträge zu regeln.  
 Säumige werden in der Mitgliederversammlung bekannt gemacht.  
 S. A.: **Der Bevollmächtigte.**

**Speier.** Die Mitglieder der Zuschußkassen werden darauf aufmerksam  
 gemacht, daß von jetzt ab die Krankmeldung sowie Unter-  
 stützungsauszahlung bei Adolf Anne, Rämmererstr. 40, vorzunehmen  
 ist. Vom 1. April ab wohnt A. Anne Schmiebgasse 1 (früher Holzmarkt).  
 S. A.: **Der Bevollmächtigte.**

# Tabakarbeiter-Genossenschaft

(E. G. m. b. H.)  
**Geschäfts-Bilanz pro 1901.**

Aktiva.		Passiva.	
Kassenbestand	816 92	Geschäftsanteile b. Mitglieder	10478 40
Bankbestand	13000 88	Reserve-Konto	2247 80
Umsatz	7692.92	Kapital-Konto	93921 11
10% Abschreibung	769.29	Darlehens-Konto	15399 —
Ausstehende Forderungen	58958 17	Schuldenschein-Konto	20143 13
Rohmaterial u. fertige Waren	117187 71	Wechsel-Konto	8169 97
		Warenschulden	31458 07
		Lohnzuschlags-Konto	2778 14
		Warenrückvergütungs-Konto	6318 62
		Gewinn	3983 02
Summa	194887 26	Summa	194887 26

Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1900 272 Mitgl.  
 Ausgeschieden sind 1900: 8 Mitgl.  
 Ingetreten im Jahre 1901 15 „  
 Durch Aufstündigung 8 Mitgl.  
 287 Mitgl.

Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1901 279 Mitglieder.  
 Die Zahl der von denselben erworbenen Geschäftsanteile beträgt 332, wofür  
 dieselben laut § 61 des alten Statuts für je 100 M. haften, so daß demnach die  
 Gesamthöhe der Haftungsumme 33200 M. beträgt.  
 Ende 1900 betrug die Höhe der Haftungsumme 30100 M. Die Höhe der Haft-  
 summe hat sich mithin um 3100 M. vermehrt. Die Geschäftsanteile der Mit-  
 glieder betragen 10478.40 M. 1900 betragen dieselben 10248.90 M. Die Summe  
 der Geschäftsanteile hat sich demnach um 229.50 M. vermehrt. Die durch Auf-  
 stündigung ausgeschiedenen 8 Mitglieder haften lt. Gen.-Ges. noch bis Ende 1902.  
 Revidiert und mit den Belegen übereinstimmend befunden.

Hamburg, den 18. Februar 1902.  
**Der Aufsichtsrat.**  
 L. Supper, Carl Arnhold, D. Ehrlich, Th. Jungblut, A. v. Elm, Fr. Kerthof,  
 W. Köhbe, F. Bahn, G. Peterßen, Fr. Schmidt.

# Rohtabak-Lager.

Große Auswahl in allen zur Cigarren- u. Schnelde-Fabrikation gehörenden  
 Sorten Tabak, nur gesunde und gut brennende Ware, versende jedes Quantum  
 zu den denkbar billigsten Preisen.  
 Nicht zuzugende Tabak tausche jederzeit bereitwilligst um.

**Brantwiesenstraße 25 Görlitz Brantwiesen-**  
**straße 25**

ooo **Carl Schäche.** ooo

# Erstes Rohtabak-Importhaus Altona-Ottensen

Offertieren **10000 Kilo Umblatt u. Einlage**  
 rein überreife und garantiert gesunde und flott brennende Tabake, gemischt,  
 Mexiko, Sumatra, Brasil, Java, Domingo, Paragana, Carmen, Seedleaf etc.  
 per Pfund verzollt im Detail 85 %, bei Centner-Abnahme netto Kaffe 80 %.

**Aeusserst empfehlenswert**  
**16 Baden Sumatra**, Scumbah My S P S 1, Mittelfarbe,  
 2 Pfund bedend, sicher u. schneeweißen  
 Brand, Detailpreis per Pfund 2.60 M., Mexiko Decke, mittel bis hell, faßl.,  
 3 Pfund bedend, per Pfund 3 M., Havana Decke, per Pfund von 3 bis  
 8 M., Umblatt und Einlage von 1.60 bis 2.40 M., Brasil Decke, 4 Pfund  
 bedend, per Pfund 1.80 M., Umblatt und Einlage von 90 % bis 1.50 M.

**Verkaufsstellen:** Altona-Ottensen, Bismarckstr. 28. Eigenes Transfilager  
 Hamburg, Schweinemarkt 27. Bismarckstr. 32.  
**Hengfoss & Maak**, Fernsprecher:  
 Amt Altona, Nr. 1463.

# Agentur- und Kommissions-Lager.

# Roh-Tabak.

Empfehle **Sumatra Decken** à Pfd. 150 u. 170 g. braun, 2 Pfund  
 bedend: 230 g. hell, 1 1/4 Pfd.; 260 g. dunkel, 2 Pfd., guter Brand; 260 g. hell,  
 1 1/4 Pfd.; 320 g. mittel und braun, 1 1/2 Pfd.; 370 g. hell fein, 1 1/2 Pfd. **Java**  
 von 95 bis 125 g. **St. Felix Brasil**, lose Blätter, 95 g. gebackt Pfund  
 95, 115 bis 145 g. **Domingo** 100 bis 115 g. **Carmen** 110 bis 120 g.  
**Seedleaf** 100 g. **Losgut** 80 u. 85 g. **Märker** 70 u. 75 g. **Brasil**  
**Grus** 75 g. **Havana**, Mexiko in Ballen sowie ausgewogen gegen Nachnahme.  
 Berlin N. 54  
**Hermann Herholz**, Brunnenstrasse 188.

# En gros. Billige Rohtabake! En detail.

Gegen Nachnahme verzollt: **Sumatra** Deckblatt 130-425 g., **Brasil**  
 88-280 g., **Java** 90-380 g., **Domingo**, **Seedleaf**, **Carmen** 84-125 g., **Los-Gut**,  
 rein amerik., ferngesund (Anfänger!) 80 g. **Grote & Co., Bremen.**

# Bielefeld.

**Sonntag, 23. März, morgens 10 Uhr**  
**Oeffentliche**  
**Tabakarbeiter-Versammlung**  
 im Lokale des Herrn **Pollmeier**,  
 Weberstraße 5.  
 T. D.: Die in Aussicht genommene  
 höhere Tabaksteuer. Der Einberufer.

# Erstes Rohtabak-Detail-Geschäft

**Carl Rose, Bremen.**  
**Sumatra-Decken** in tadelloser bren-  
 nender Ware.  
 L A B à 210 g  
 S S } hell,  
 1. Länge Rollblatt à 335 g }  
 2. Länge Rollblatt à 275 g }  
 In 1. u. 2. Rollblattlänge } Mittelfarben  
 à 150, 210, 230, 275 g } u. leicht braun.  
**Java- und Sumatra-Umblatt**  
 à 85—120 g  
**Loses Gut**, beste gesunde blattige Ware  
 aus nur original-überreife Tabaken  
 hergestellt, von à 75—80 g.  
 Ebenso **Brasil**, **Seedleaf**, **Domingo**  
 Umblatt und Einlagen im Anbruch zu  
 Originalpreisen.  
 Postfrei nur gegen Nachnahme.  
 Nachnahmegebühren nicht berechn.

# Wegen Todesfall und Auseinandersetzung

bin ich beauftragt, vorhandene große  
**Rohtabak-Bestände** zu veräußern und  
 zwar werde ich dieselben im einzelnen,  
 also auch pfundweise, zu Preisen ver-  
 kaufen, wie sie im Handel sonst nicht  
 gefasst sind und zwar: eine große Partie  
**Sumatra-Decken** zu 1.25 bis 2.20 M.  
 als hochfeinste Decke, die sonst bis  
 Doppelte und mehr kostet. Farbe bitte  
 angeben, ob hell, mittel oder dunkel,  
 es ist in allem Auswahl; ferner hochfeine  
**Borkenländer-Decken** zu 1.25 bis 1.50 M.,  
 hochfeine **Felix-Decken** zu 1.50 M. u.  
 Garantie für durchaus gute und gesunde  
 Tabake. Preise alles pro Pfund verzollt.  
 Versand per Post u. Bahn u. Nachnahme.  
 Ein Versuch veranlaßt zu schneller Nach-  
 bestellung. Bestellungen an die Expe-  
 dition b. Blattes unter **M. M. II** erbeten.

# P. Andlauer

Schlettstadt (Elsas)  
 Tabakwaren-Fabrik und Rohtabake  
 aller Art.  
 Lager in Amsterdam, Bremen, Hamburg.  
 Eigene Fermentation u. Cisterner u. Pfälzer  
 Tabaken. Nur Postpakete geg. Nachn.

# Rohtabak-Offerte.

Wir offerieren:  
**Java Einlage u. Umbl.** von 80-100 M  
**Borkenland Umblatt** " 95-150 "  
**Sumatra Decken** " 120-600 "  
**Brasil Einlage** " 110-200 "  
**Pfälzer** " 65-85 "  
 Proben gegen Nachnahme franko.  
**Gebr. Loeb, Ballendar-am-Ab.**

# Roh-Tabak!

**Sumatra** 150, 180, 200, 220 bis 350 g.  
**Java** 75, 80, 85, 95, 100 bis 200 g.  
**St. Felix** 75, 80, 85, 90, 100 bis 200 g.  
**Seedleaf** 80, 85, 90, 95 bis 110 g.  
**Carmen** 75, 80, 85, 90 bis 110 g.  
**Domingo** 80, 85, 90 bis 100 g.  
**Havana** 85, 125, 150, 180 bis 300 g.  
**Gemischtes**  
**Losblatt** 70, 75, 80 g. Preise verzollt.  
 Versand gegen Nachnahme.  
**B. Iben, Bremen, Haferkamp 46.**

Wegen Aufgabe meiner Fabrikation  
 zum 1. April verkaufe ich meine  
 sämtlichen gut erhaltenen **Wickel-**  
**formen** und **Presse** sowie einen  
 fast neuen **Arbeitsstisch** mit vier  
 Plätzen und **Brechstufen**, auch verkaufe  
 noch **Java-Umblatt**, **Mexiko-Deckblatt**,  
 Gefällige Offerten zu richten an **Frau**  
**Engelmann**, Naumburg a. S.,  
**Dompredigerstraße Nr. 6.**  
**Für Hildesheim** auf sofort ein  
**Sortierer**, der auch Cigarren  
 machen kann, gesucht. Auskunft beim  
 1. Bevollmächtigten, **Hildesheim**,  
**Osterstraße Nr. 58.**  
**Eine geübte Wickelmacherin**  
 kann sofort Beschäftigung erhalten.  
 Lohn pro Wille 3.50 M. Schriftliche  
 Anfragen sind zu richten an **G. Hilde**,  
**Spandau, Babelsberger Straße 20.**

Um zu räumen, verkauft größere  
**Bremer Rohtabak-Firma** kleine  
 Reste spottbillig: **Sumatra-Decke**, 1. Länge,  
 Rollblatt à 240 g.; hoch. **Java Umblatt**  
 à 110 g.; sehr blattige **Java Einlage**  
 à 90 g. verzollt. Postfrei u. Nachnahme.  
 Jeder Versuch führt zur Nachbestellung.  
 Offerten unt. U. 9546 an die Annoncen-  
 Exped. von **W. H. Scheller**, Bremen.

Alte guterhaltene **Formen**, für jedes  
 Façon, zu kaufen gesucht. **Karl Sording**,  
**Weichwarte (Magdeburg).**

**Mücht. Rauchtabakspinner**  
 sofort gesucht.

**A. Jülich, Storkow**  
**Cigarren- und Tabakfabrik.**

**Ein junger Cigarrenmacher**  
 sucht dauernde Beschäftigung, wo  
 Wickel geliefert werden. Gest. Offerten  
 sind an **Ph. Wilhelm, Falda**,  
**Marktstraße 25, I.**, zu richten.

**Junger tücht. Cigarrenmacher**,  
 welcher auch perfekt im Wickelmachen  
 und allen vorkommenden Arbeiten ist,  
 sucht anderweitige Stellung. Gest. Off.  
 wolle man richten an **Liebenroth**,  
 2. Bev., **Duisburg**, Eigenstraße **Nr. 4.**

Unserem Freund und Kollegen **Franz**  
**Schild** nebst seiner Braut **Sch. Dintel**  
 die besten Glück- und Segenswünsche  
 zu ihrer am 22. März stattfindenden  
 Vermählung.

Seine Kollegen der **Gg. Th. Gailchen**  
**Fabrik, Gießen.**

Meinem Kollegen **Martin Piotrowiad**  
 zu seinem am 23. März stattfindenden  
 22. Wiegenfeste ein bonnendes Lebehoch.  
 Sein Kollege **Emil Kühn**, **Polmen**  
 (Schiff. Schweiz).

# 5 Mark Belohnung

demjenigen, welcher mir die Adresse des  
**Carl Barzcha** aus **Oppeln** mitteilt.  
**Carl Jossek**, Briefträger  
 (früher Cigarrenmacher)  
**Lublin (Ober-Schles).**

**Sortierer Zimmermann** aus  
**Waldheim!** Um Deine Adresse bittet  
**Otto Göhmann**, **Sitzgendortmund**  
 bei Dortmund.

# Todes-Anzeigen.

Am 12. März verschied nach langem  
 schwerem Leiden unser Mitglied **Henriette**  
**Dufis** im Alter von 56 Jahren.  
 Leicht sei ihr die Erde!

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr  
 Die Mitglieder  
 der Zahlstelle **Altenburg (S.-A.).**

Am 7. März verschied unser treues  
 Mitglied **Frau Dierks** an der Pro-  
 letarierkrankheit im 55. Lebensjahre.  
 Möge ihr die Erde leicht sein!

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr  
 Die Mitglieder der Zahlstelle **Bremen.**

**Briefkasten.**  
 Vereinst-Zerate müssen gefrempt sein. —  
 andere Zerate sind vorher zu bezahlen.  
 Bei Einzahlung der Zerate ist stets die Nummer  
 des Blattes mit anzugeben.  
**Kollegen**, Gießen 70 Pfg. — **S. A.**  
**Polmen** 50 Pfg.